

Diskussionsforum

Christoph Nonn

Was ist und zu welchem Zweck betreibt man Landeszeitgeschichte?

Zu Problemen und Perspektiven einer Landesgeschichte
der Moderne¹

Es ist eine Binsenweisheit, dass Landesgeschichte in Deutschland als eine historische Disziplin entstanden ist, für die die Zeitgeschichte zunächst kein wichtiges Forschungsfeld war. Landeshistorische Lehrstühle an deutschen Universitäten haben sich lange Zeit überwiegend mit dem Mittelalter beschäftigt. Daneben oder in Verbindung damit kam teilweise auch die frühe Neuzeit in den Fokus ihrer Forschung. Die Zeit seit 1789 blieb dagegen geraume Zeit ein Stiefkind: Mit ihr haben sich die Lehrstuhlinhaber für Landesgeschichte lange kaum oder gar nicht beschäftigt.

Folgt man Matthias Werners umfassender Darstellung der Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert,² so hat sich das erst ab 1970 geändert. Tatsächlich demonstrierte noch 1969 eine große Tagung in Bonn, an der die meisten Vertreter der deutschen Landesgeschichte teilnahmen, dass es geradezu eine Symbiose zwischen dieser und der historischen Forschung zum Mittelalter gab.³ Erst in den siebziger und achtziger Jahren ist dann diese Tradition von

¹ Vortrag zur Tagung „Landesgeschichte auf dem Prüfstand“ anlässlich der Auflösung des Bonner Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande am 26.9.2006. Die manches pointierende Vortragsform wurde beibehalten. Ich danke den Diskussionsteilnehmern in Bonn für ihre Anregungen. – Vgl. zu dem in Nordrhein-Westfalen von Walter Först geprägten, aber auch in anderen Bundesländern gängigen Begriff der „Landeszeitgeschichte“: Heinrich Küppers, Zum Begriff der Landeszeitgeschichte, in: *Geschichte im Westen* 7, Heft 1 (1992), S. 23–27.

² Matthias Werner, Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit: Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert, in: Peter Moraw/Rudolf Schieffer (Hg.), *Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2005, S. 252–364.

³ Vgl. die in *Rheinische Vierteljahresblätter* 34 (1970), S. 57–157, abgedruckten Vorträge dieser Tagung.

der neuen Richtung massiv herausgefordert worden, die sich stark mit der Historiographie der Neuzeit und besonders auch der Zeitgeschichte verband. Diese neue, „regionalgeschichtliche“ Strömung warf der „alten“ Landesgeschichte vor, sich methodischen Innovationen zu verschließen und stattdessen weiterhin eine unkritische Traditionspflege zu betreiben. Statt sich von den drängenden Gegenwartsproblemen inspirieren zu lassen, die in einer industrialisierten Massengesellschaft auftauchten und vor allem sozialhistorische Fragestellungen nahe legten,⁴ seien die Landeshistoriker einer letztlich historistischen, ja antiquarischen Geschichtsbetrachtung verhaftet geblieben. Diese alte „antiquarische“ Praxis scheint jedoch gegenüber der neuen Regionalgeschichte während der letzten 35 Jahre zurückgedrängt worden zu sein, nicht zuletzt durch die Gründung vieler neuer Lehrstühle mit Schwerpunkt in der Neuzeit und gerade auch in der Moderne.⁵

Zorn und Hader des noch recht frischen und in der Tat heftigen Streits der Parteien verstellten dabei in der Vergangenheit manche Einsichten. Sie tun das ganz offensichtlich auch heute noch, wenn es etwa um die Rolle der „klassischen“ Landesgeschichte während des Nationalsozialismus geht, oder um die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen regionalhistorisch orientierter „Volksgeschichte“ vor 1945 und „Historischer Sozialwissenschaft“ danach.⁶ Dennoch habe ich den Eindruck, dass die zwischen den Parteien entstandenen Gräben zunehmend überbrückt werden. Deutlichstes Anzeichen dafür ist, dass mittlerweile auch „Landeshistoriker“ häufig einer „regionalhistorischen“ Methode das Wort reden. Das heißt, sie definieren ihren Untersuchungsgegenstand nach der Fragestellung. Sie plädieren für Vergleiche. Und sie möchten „weniger das Individuelle als vielmehr das Exemplarische eines Untersuchungsraumes herausstellen“.⁷ Der Pulverdampf der Grabenkämpfe zwischen „Regionalhistorikern“ und „Landeshistorikern“ verzieht sich langsam, und dadurch wird manches klarer. Drei Dinge scheinen mir besonders deutlich.

⁴ Solche Kritik wurde natürlich inspiriert von sozialhistorischen „Urtexten“ wie Werner Conze, *Die Strukturgeschichte des industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht*, Köln 1957. Vgl. Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001.

⁵ Vgl. Werner (wie Anm. 2), S. 342 und 361.

⁶ Siehe z. B. Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovationen und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000; Burkhard Dietz/Johannes Arndt (Hg.), *Griff nach dem Westen: Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum 1919–1960*, Münster 2003.

⁷ Joachim Schneider auf der Mainzer Tagung „Landesgeschichte im 21. Jahrhundert“ am 29./30.9.2005, zitiert nach <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=871>; vgl. etwa auch Werner (wie Anm. 2), S. 364.

Erstens: Landesgeschichte ist eigentlich immer schon gegenwartsbezogen gewesen. Das hat zwar lange Zeit nicht für ihre Gegenstände gegolten. Implizit oder explizit verfolgten aber auch schon die älteren Landeshistoriker mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit Intentionen, die alles andere als antiquarisch waren. Die Fragen, die sie in ihrer Zeit bewegten, bestimmten ihre Themenauswahl wie ihre Thesen zumindest mit. Anders ausgedrückt: Auch sie wurden geprägt von ihrer Zeitgeschichte, die ja nach Hans Rothfels' trotz aller Kritik unverwüstlichen Definition die Epoche der Mitlebenden ist. Karl Lamprecht, der unter allen Anwärtern auf diesen Titel wohl am ehesten als Urvater der deutschen Landesgeschichte gesehen werden kann, schrieb seine Darstellung der materiellen Kultur des Mosellandes zwar über die Zeit des Mittelalters. Auf das Mittelalter konzentrierte sich dann auch seine spätere voluminöse „Deutsche Geschichte“. Aber mit der Überhöhung des Kollektivsingulars „deutsches Volk“, dessen Bedeutung er in seiner Geschichtskonstruktion der historistischen Beschränkung auf Kaiser, Könige und Kanzler gegenüberstellte, verfolgte Lamprecht letztlich das von vielen seiner Zeitgenossen geteilte Ziel, die Unterschichten und besonders die entstehende Industriearbeiterschaft für das Deutsche Kaiserreich von 1871 zu gewinnen.⁸ Lamprechts Schüler Rudolf Kötzschke, für den in Leipzig 1906 einer der ersten landeshistorischen Lehrstühle eingerichtet wurde, vereinigte in seiner Arbeit das Bemühen um Bewahrung der partikularen sächsischen mit der nationalen deutschen Identität. Für die Gründung des Bonner Instituts für geschichtliche Landeskunde des Rheinlands Anfang der 1920er Jahre und dessen Initiator Hermann Aubin galt ähnliches.⁹ Die Liste ließe sich verlängern. Auch bei den Neu- oder Wiedergründungen landeshistorischer Lehrstühle und Institute in der frühen Bundesrepublik, die allesamt den klassischen Schwerpunkt im Mittelalter hatten, stand der Gedanke einer Herstellung oder Bewahrung von regionaler Identität Pate. So wurden etwa die in den 1950er und 1960er Jahren eingerichteten Lehrstühle in Mainz, Gießen, Berlin und Saarbrücken für die Landesgeschichte von territorialen Einheiten geschaffen, die es vor 1945 gar nicht gegeben hatte (geschweige denn im Mittelalter), während zum Beispiel die Lehrstühle in Tübingen für Württemberg oder in Münster für Westfalen eine „Landesidentität“ bewahren sollten, die in einem neugeschaffenen Bindestrich-Land unterzugehen drohte.

Zweitens: Die sich selbst als solche etikettierenden Regionalhistoriker erklärten zwar solche von der „klassischen“ Landesgeschichte betriebene Identitätsstiftung und Traditionspflege für unvereinbar mit dem Postulat wissenschaftlicher Neutralität. Doch sie waren selbst nicht frei davon. Denn zum einen wurden sie durch

⁸ Karl Lamprecht, *Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter*, 1885/1886; ders., *Deutsche Geschichte*, 1891–1909; Roger Chickering, *Karl Lamprecht: A German Academic Life*, New Jersey 1993.

⁹ Werner (wie Anm. 2), S. 259f., 268f., 273f.

ihren Interessenschwerpunkt in der modernen und Zeitgeschichte noch wesentlich direkter den Erwartungen einer breiten Öffentlichkeit nach historischer Sinnstiftung ausgesetzt. In der kulturellen Umbruchsituation der späten 1960er und 1970er Jahre vollzog sich in dieser Öffentlichkeit eine Neukonstituierung kollektiver nationaler Identität über die negative Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Zum anderen waren die Regionalhistoriker nur allzu bereit dazu, ihre „Deutungsmacht“ (Hans-Ulrich Wehler) zur Unterstützung dieses Umbruchs einzusetzen. Beeinflusst wurden sie dabei von der damals gerade den Höhepunkt ihres Einflusses erreichenden Historischen Sozialwissenschaft. Wie Landeshistoriker in Kaiserreich und Weimarer Republik ihre Aufgabe in der Vereinigung von partikularer und nationaler Identität gesehen hatten, so bemühten sich die Regionalhistoriker nun mit um die Legitimation einer neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Ihre Aufgabe sahen sie darin, das vom ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler vorgegebene Motto „Mehr Demokratie wagen“ umzusetzen: nämlich eine partizipatorische Kultur zu entwickeln, und alles tatsächlich oder vermeintlich Autoritäre zu entlegitimieren. Obwohl also die Gegenstände der auf das Mittelalter konzentrierten „klassischen“ Landesgeschichte einerseits, ihrer vorrangig mit der Zeitgeschichte beschäftigten regionalhistorischen Kritiker andererseits ganz andere sind, war ihr grundsätzliches Verständnis der öffentlichen Rolle von Geschichtsschreibung gar nicht so verschieden. Die Vertreter beider Richtungen verstanden sich auch immer als Legitimationswissenschaften.

Drittens schließlich erscheint es mir fragwürdig, ob man wirklich von einem Bodengewinn der Regionalgeschichte durch Institutionalisierung in den letzten 35 Jahren sprechen kann. Zwar sind seit 1970 in Westdeutschland und dann ab 1990 auch in den neuen Bundesländern eine ganze Reihe von historischen Lehrstühlen mit regionaler Spezialisierung eingerichtet worden. Und immer mehr dieser Lehrstühle haben ihren Schwerpunkt in der Geschichte der Neuzeit, häufig gerade auch der Zeitgeschichte. Doch die meisten davon tragen das klassische Etikett „Landesgeschichte“. Die wenigsten sind von ihrer Ausrichtung her vergleichend angelegt, was eigentlich das Kennzeichen eines regionalhistorischen Zugangs wäre, der zwar wie gezeigt durchaus offen ist für eine Instrumentalisierung als Legitimationswissenschaft, aber eben nicht zugunsten einer bestimmten Partikularidentität.

Der entscheidende Grund für diese landesgeschichtlich-partikulare Ausrichtung auch der neuen Lehrstühle mit regionaler Spezialisierung dürfte sein, dass Bildung und damit auch die Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland primär Ländersache sind. Ganz offensichtlich zeigte sich das im ostdeutschen Gründungsboom der 1990er Jahre, wo landeshistorische Lehrstühle plötzlich wie Pilze aus dem Boden schossen. Gründungsdekane in den neuen Bundesländern fanden bei Landespolitikern nur allzu offene Ohren mit dem Argument, dass die Ausbildung oder auch Wiederherstellung einer abgebrochenen partikularen Tradition die Einrichtung solcher Lehrstühle dringend erforderlich mache. Eine ähnlich günstige

Situation für Neugründungen hatte im Westen schon nach 1945 bestanden. Anders als damals waren die meisten der nun im Osten eingerichteten Stellen Neuzeitprofessuren. Das war eine Folge der allgemeinen innerwissenschaftlichen Tendenz zum Ausbau besonders der Neuesten und Zeitgeschichte.¹⁰ Solche Stellen waren aber auch Politikern in „geschichtslosen“ Länderneubildungen besser zu „verkaufen“. Zahlreiche Doppeldenominationen als landeshistorische und Epochenlehrstühle deuten zudem darauf hin, dass das landeshistorische Etikett von Fakultäts- und Universitätsleitungen geschickt genutzt wurde, um bei Anträgen auf Einrichtung von benötigten Epochenlehrstühlen die Chancen auf deren Finanzierung zu erhöhen.

Diese Praxis hatte mitunter Konsequenzen, die aus wissenschaftlicher Sicht geradezu absurd anmuten. So wurde etwa in Düsseldorf 1976 der Lehrstuhl für „Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“ eingerichtet. Die hier als Neueste Geschichte verstandene Geschichte des 20. Jahrhunderts war in der damals erst ein Jahrzehnt alten Düsseldorfer Universität bis dahin nicht vertreten, die Einrichtung des Lehrstuhls dafür nur allzu drängend. Das Land Nordrhein-Westfalen jedoch war 1976 gerade erst 30 Jahre alt. 30 Jahre – das ist freilich genau die Zeitspanne, während der hierzulande Akten unter Verschluss bleiben. Die Einrichtung eines Lehrstuhls für die Landeszeitgeschichte Nordrhein-Westfalens war also zu diesem Zeitpunkt aus wissenschaftlicher Sicht eigentlich völlig sinnlos. Denn mit den Akten fehlten ja gerade die Quellen, die zeithistorische Forschung von journalistischer Arbeit abhebt. In der Universität wurde daher die allgemeine Zeitgeschichte als Schwerpunkt der neuen Professur verstanden, und das sah selbst der erste Lehrstuhlinhaber nicht anders. In der Politik wollte man dagegen das Schwergewicht auf die Landesgeschichte legen: Der Lehrstuhl sollte primär ein „Landesbewusstsein“ entwickeln helfen.¹¹

Landeshistorische Professuren stehen immer mehr im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, als das bei anderen historischen Lehrstühlen der Fall ist. Das gilt in besonderem Maß, wenn ihr Schwerpunkt in der Neuzeit, und erst recht, wenn er in der Zeitgeschichte liegt. Die Erwartungen, die von politischer Seite gestellt werden, sind dann besonders hoch. Dazu kommen die nicht weniger hohen Ansprüche einer breiten Öffentlichkeit. Während andere historische Lehrstühle in der Regel nur mit den Ansprüchen einer sehr überschaubaren Zahl von Museen, Heimat- und Geschichtsvereinen konfrontiert werden, ist die von einer zeithistorischen Profes-

¹⁰ Wolfgang Weber, *Priester der Klio: Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt 1984, S. 53.

¹¹ Vgl. Christoph Cornelißen, *Der lange Weg zur historischen Identität: Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946*, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.), *Bayern im Bund*, Bd. 3: *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*, München 2004, S. 411–484, hier S. 459–465.

sur zu bedienende Klientel ungleich größer. Sie umfasst Mahn- und Gedenkstätten, Schulen, Stadtverwaltungen, Parteien, speziell in Nordrhein-Westfalen auch Landschaftsverbände, in einer Flut von zeithistorischem Aktenmaterial ertrinkende und nach Orientierung suchende Archive auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, Wirtschaftsunternehmen, die verschiedensten Interessenverbände, natürlich immer wieder auch die diversen Bild- und Printmedien, und viele andere.

Zu diesen vielfältigen Ansprüchen an die Landeszeitgeschichte kommen nicht zuletzt auch die Erwartungen der Universitätsleitungen. Diese sind ebenso beträchtlich wie diffus. Bezeichnend dafür sind die Erfahrungen eines mir gut bekannten Lehrstuhlinhabers für Landeszeitgeschichte. Als dieser vor einigen Jahren seine Ernennungsurkunde entgegennahm, wurde ihm vom Rektor seiner Universität wohlwollend bedeutet, dass man Großes von ihm erhoffe. Sicher werde er zum Image der Universität viel beitragen können. Seine Vorgänger auf dem Lehrstuhl hätten dagegen die Erwartungen nicht erfüllt. Drei Jahre später dann ein seltsames Deja-vu-Erlebnis: Der Rektor teilte dem Lehrstuhlinhaber nun mit, dass er die Erwartungen nicht erfüllt habe. Seine Vorgänger auf dem Lehrstuhl dagegen hätten doch so viel zum Image der Universität beigetragen. Aus solchen widersprüchlichen Aussagen kann man nur folgern, dass die jeweilig aktuellen Lehrstuhlinhaber für Landeszeitgeschichte die vorhandenen Erwartungshaltungen – die übrigens bei keiner Gelegenheit näher erläutert wurden – nie erfüllen können. Offensichtlich gilt die Landeszeitgeschichte wegen der ihr unterstellten besonderen Beziehungen zur Landespolitik den Universitätsleitungen als eine Art Wunderwaffe. Bekanntlich ist der Bedarf an Wundern in Zeiten der Krise besonders hoch – und dass die Universitäten sich angesichts der klammen Haushaltslage der Länder, die zu offenen oder versteckten Etatkürzungen führen, in einer Krise befinden, ist wohl kaum zu bestreiten.

Die Ansprüche, die an die Landeszeitgeschichte von den verschiedensten Seiten gestellt werden, sind also sehr groß. Wie steht es um die Möglichkeiten, ihnen zumindest halbwegs gerecht zu werden? Betrachten wir zunächst die personelle Ausstattung der Lehrstühle. Sie ist abhängig vom Zeitpunkt der Berufung. Es gilt das Prinzip der Gnade der frühen Geburt: Wer in den alten Bundesländern zur Zeit der Bildungsexpansion in den 1970er Jahren berufen wurde, konnte aus dem Vollen schöpfen. Je später jedoch die Berufung nach dieser Expansionsphase erfolgte, desto dürftiger die personelle Ausstattung von Lehrstühlen. Für die neuen Bundesländer gilt ähnliches, wenn auch um zwei Jahrzehnte zeitversetzt: Denn hier markierten erst die frühen 1990er Jahre eine – wenn auch nur sehr kurze – Boomphase der Landeszeitgeschichte. Zunehmend gilt aber auch hier das, was im Westen schon geraume Zeit die Regel ist: Assistentenstellen sind häufig, wenn überhaupt noch vorhanden, dauerhaft besetzt. Manche Mitarbeiter sind in den „goldenen Jahren“ mit unbefristeten Verträgen ausgestattet worden, deren Konditionen es ihnen ermöglichen, sich in aller Ruhe diversen Hobbys zu widmen. Andere haben sich auf entfristete Stellen eingeklagt. Und als Lehrstuhlinhaber kann man paradoxerweise darüber eigentlich

nur glücklich sein, denn sonst wären die betreffenden Stellen bereits gänzlich weggekürzt, was so voraussichtlich erst nach Pensionierung der jetzt dort auf Lebenszeit parkenden Mitarbeiter geschehen wird.

Solche Schwierigkeiten haben „Spätberufene“ in anderen universitären Bereichen natürlich ebenfalls. In der Landesgeschichte und insbesondere der Landeszeitgeschichte hat sich die Möglichkeit, Stellen für Mitarbeiter und wissenschaftlichen Nachwuchs ersatzweise aus Drittmitteln zu finanzieren, jedoch besonders dramatisch verschlechtert. Bis vor wenigen Jahren war die Finanzierung von Forschungsprojekten aus Landesmitteln hier die Regel. Dasselbe galt für die auf Druckkostenzuschüsse angewiesenen wissenschaftlichen Schriftenreihen zur Landesgeschichte. Die Länder ziehen sich jedoch in den letzten Jahren aus der Finanzierung in atemberaubendem Tempo zurück. Die überschuldeten Landesregierungen verweisen Antragsteller an die üblichen Institutionen der Forschungsförderung. Dort besteht allerdings von jeher die Auffassung, die Förderung der Landeszeitgeschichte sei Sache der Länder.¹² Die Töpfe der europäischen Regionalförderung könnten zwar einen Teil der so entstehenden Löcher stopfen, werden aber im Zuge der EU-Erweiterung zunehmend nach Osteuropa verlagert. Die private Wirtschaft hat in der Regel ein konkretes Interesse an der Förderung von wissenschaftlichen Projekten lediglich dann, wenn diese sich konkret auszahlen. Das gilt für die historische Forschung aber nur sehr selten, wie zuletzt im Fall einer Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, mit der die Unternehmen der Beschlagnahmung von Firmenvermögen in den USA zuvorkommen wollten. Für die Finanzlöcher, die durch den Rückzug der Länder aus der landeshistorischen Forschung entstehen, ist daher kein ausreichender Ersatz in Sicht.

Die immer schon große Kluft zwischen den beträchtlichen Erwartungen, die an Landesgeschichte gestellt werden, und den Möglichkeiten, diese Erwartungen zu erfüllen, hat sich so in den letzten Jahren rapide erweitert. Die Konsequenzen sind in einer wachsenden Zahl von Schließungen landeshistorischer Institute und Lehrstühle bereits absehbar. Und die Tendenz dazu dürfte sich eher verstärken, denn es ziehen noch weitere Gewitterwolken am Horizont auf. Die Ökonomisierung der Hochschulen verändert spürbar die Bedingungen, unter denen Forschung und Lehre stattfinden. Der traditionelle Fächerkanon wird durch die Ökonomisierung grundlegend hinterfragt. Das muss keineswegs ein Nachteil sein. Vielmehr spricht sogar einiges dafür, verkrustete Strukturen auf diese Art aufzubrechen. Einerlei, was man von Schlagworten wie Evaluation und Outputorientierung hält: Letzten Endes ist es nur zu begrüßen, wenn Tradition und alte Seilschaften in Zukunft weniger über die Verteilung von Ressourcen bestimmen und diese stattdessen nach eindeutigen und damit diskutierbaren Kriterien erfolgt. Allerdings werden solche Kriterien die

¹² Vgl. auch schon Cornelißen (wie Anm. 11), S. 464, Anm. 208.

Qualität von Lehre und Forschung wahrscheinlich nicht messen können. Es zeichnet sich bereits ab, dass quantifizierbare Größen in Zukunft die Maßstäbe des Erfolgs sein werden. Gerade die Einwerbung von Drittmitteln wird ein wichtiges Kriterium für die Einschätzung von Lehrstühlen sein.

Auch die Zahl der Studierenden und Absolventen wird dafür eine wichtige Rolle spielen. Das freilich verheißt ebenfalls keine besseren Zeiten für Landesgeschichte. Denn das studentische Interesse an ihr ist in der Regel nicht besonders hoch. Angebote von regionalhistorischen Zugängen finden jedenfalls in der Landeszeitgeschichte kein großes Echo bei Studierenden. Allenfalls lokalhistorische Perspektiven vermögen hier zu motivieren, wenn nicht Vorlieben für die klassische nationale oder die modische globale Vogelperspektive ganz dominieren. Mit großen Studierenden- und Absolventenzahlen kann die Landesgeschichte jedenfalls ebenso wenig punkten wie mit der Einwerbung umfangreicher Drittmittel. Das eine Manko verschärft zudem das andere: Fehlende Finanzen für Hilfskraft- und Promotionsstellen bedeuten ein zusätzliches Handicap auf dem Bildungsmarkt der Zukunft. Denn die Tendenz zur Ökonomisierung beeinflusst natürlich auch die Studentinnen und Studenten. Dass diese ihre Studienentscheidungen im großen wie im kleinen nach ökonomischen Kriterien fällen, das ist im Zeichen von Massenarbeitslosigkeit und Studiengebühren auch nur allzu verständlich.

Landeshistoriker müssen sich deshalb nolens volens darauf einrichten, dass über ihre Existenzberechtigung in Zukunft nach Marktgesichtspunkten entschieden wird. Wesentliche, wenn nicht entscheidende Kriterien dafür werden quantitative Größen sein – die Menge der eingeworbenen Drittmittel, die Zahl der Studierenden und Absolventen. Speziell die Landeszeitgeschichte steht damit in gewisser Weise am Kreuzweg. Für diejenigen, die sowohl die Geschichte der Moderne wie auch die Landesgeschichte vertreten, stellt sich die Frage immer dringender: Soll man sich angesichts dieser düsteren Zukunftsaussichten nicht besser auf die allgemeine Zeitgeschichte konzentrieren? In diesem Bereich gibt es Studierende in Hülle und Fülle. Hier sind Studenten leicht zu motivieren. Und in diesem Bereich sind auch Drittmittel von den üblichen Institutionen der Forschungsförderung ohne die Probleme einzuwerben, die es dafür bei der Landesgeschichte gibt. Die Ökonomisierung der Hochschulen drängt die Landeszeitgeschichte auf diesen Weg.

Andererseits: Hat Landesgeschichte nicht auch bestimmte Wettbewerbsvorteile, die sich nutzen lassen? Werner Freitag hat in diesem Sinn jüngst die „Überlebensfähigkeit“ der Landesgeschichte gerade unter Marktbedingungen betont. Denn sie könne in einer zunehmend unübersichtlicher werdenden Welt Orientierung durch Sinnstiftung anbieten. Regionalgeschichtliche Ansätze, die Räume lediglich als Experimentierfelder ansehen, die man je nach Fragestellung auswählt, vermögen das nicht. Landesgeschichte hat dagegen zweifellos ein hohes Sinnstiftungspotential. Sie vermag „für einen bestimmten Raum eine ‚Leitvorstellung‘, eine Rahmenerzählung“

zu bieten. Landesgeschichte kann sich so als Dienstleister am Markt verstehen, mit einer „Servicefunktion für die Bürger des jeweiligen Bundeslandes“.¹³

Auch nach meiner Ansicht hat die Öffentlichkeit durchaus legitime Ansprüche gegenüber Landeshistorikern. Landesgeschichte hat insofern tatsächlich eine Servicefunktion für die Bürger. Die Frage ist allerdings: Wer sind die Bürger? Haben sie alle dieselben Ansprüche? Und sind ihre Ansprüche alle gleichermaßen legitim? Oder sind – mit George Orwell gesprochen – vielleicht manche gleicher als andere? Das Spektrum derjenigen Teile der Öffentlichkeit, die sich an einen Landeszeithistoriker wenden, ist wie bereits angedeutet ausgesprochen breit und bunt. Die Interessen einer lokalen Geschichtswerkstatt sind ganz andere als die einer Referentin der Staatskanzlei, die Ansprüche des Mitarbeiters einer Mahn- und Gedenkstätte ganz andere als die der PR-Abteilung eines Wirtschaftsunternehmens. Welchen Ansprüchen aber gebührt hier die Priorität? Oder gibt es eine sinnstiftende „Leitvorstellung“, die allen Interessen gleichermaßen gerecht wird? Ist eine landeshistorische Meistererzählung vorstellbar, die diese Quadratur des Kreises vollbringen kann?

Landeshistoriker waren davon lange Zeit überzeugt. Karl Lamprecht, Rudolf Kötzschke, Hermann Aubin und viele andere sahen den Sinn der Landesgeschichte in der Fabrikation einer Meistererzählung, die partikulare und nationale Identität miteinander versöhnte. Interessengegensätze wollten sie in der mythischen Einheit der Nation auflösen. Für viele war diese nationale Leitvorstellung verkörpert in den Institutionen des Staates und der Monarchie. Und nicht zuletzt verband diese landeshistorische Meistererzählung sich auch häufig mit dem gleichermaßen Identität und Sinn stiftenden Konstrukt der Rasse.

Nach 1945 war solche Art der Sinnstiftung tabu. Viele Landeshistoriker irrten eine Zeitlang im sinn-losen Niemandsland umher. Manche tradierten mehr oder weniger unbewusst die alte Orientierung an nationalen und „völkischen“ Leitvorstellungen weiter.¹⁴ Einige versuchten sich dagegen als Sinnstifter für demokratisches Bewusstsein. Das ließ sich freilich ebenso wenig stiften wie sich Emanzipation verordnen lässt.

Seit den 1970er Jahren wurde dann jedoch die Geschichte demokratischer Traditionen als neue Meistererzählung entdeckt. Führend waren dabei die Regionalhistoriker. Am entschiedensten aufgegriffen wurde diese neue Leitvorstellung in

¹³ Werner Freitag auf der Mainzer Tagung „Landesgeschichte im 21. Jahrhundert“ am 29./30.9.2005, zitiert nach <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=871>.

¹⁴ Zu diesen am Bonner Institut für Geschichtliche Landeskunde und dem Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde gleichermaßen noch bis in die 1960er Jahre verbreiteten Tendenzen vgl. Cornelißen (wie Anm. 11), S. 445–451.

Nordrhein-Westfalen von der sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Johannes Rau. Propagiert wurde sie etwa in einem Buch mit dem ein Zitat von Ferdinand Lassalle abwandelnden Titel „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst‘: Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW“.¹⁵ Mitherausgeber war der Landesgeschäftsführer der Regierungspartei.¹⁶ Die Landeszentrale für politische Bildung druckte das Buch. Vor dem Landtagswahlkampf 1985, der von der SPD mit der Parole „Wir in NRW“ bestritten wurde, erschien eine Neuauflage in Höhe von 35.000 Exemplaren. „Landesvater“ Johannes Rau selbst schrieb das Vorwort. Darin betonte er, das Buch sei „nicht zuletzt als Antwort auf die zahlreichen Neuveröffentlichungen von repräsentativen konservativen Geschichtswerken [...] gedacht“. Das Ziel der Publikation sah Rau darin, die Traditionen der „Demokratie im Staat, in der Gesellschaft und in den Organisationen der Arbeiterbewegung“ bewusst zu machen.¹⁷

Tatsächlich wurden die „demokratischen Traditionen“ in dieser und ähnlichen Veröffentlichungen überwiegend im sozialdemokratischen Arbeitermilieu gesucht und gefunden. Die Geschichte Nordrhein-Westfalens setzte man dabei weitgehend mit der seiner Industrieregionen gleich. Vor allem dem Ruhrgebiet und seinen Bewohnern kam in dieser neuen landeshistorischen Meistererzählung die Hauptrolle zu. Spätestens seit den 1980er Jahren wurde es in Ausstellungen, offiziellen und offiziellen Veröffentlichungen und natürlich in Reden von Politikern der sozialdemokratischen Regierungspartei immer wieder als die „Keimzelle unseres Landes“ bezeichnet.¹⁸ Das Ruhrgebiet war freilich nicht nur das. Es war auch jahrzehntelang die Hochburg der SPD bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Zudem erfolgte die rhetorische Überhöhung des Ruhrgebiets zum Hort nordrhein-westfälischer Demokratie parallel zu seinem Abstieg vom industriellen Motor zum wirtschaftlichen Sorgenkind des Landes. Sie diente auch als Rechtfertigung dafür, diesen für die sozialdemokratische Klientel an der Ruhr schmerzhaften Prozess mit sozial- und

¹⁵ Lutz Niethammer/Bodo Hombach/Tilman Fichter/Ulrich Borsdorf (Hg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst‘: Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Berlin 1984. Vgl. dazu und zum folgenden Guido Hitzte, Geburtsstunde einer politischen Identifikationskampagne – „Wir in Nordrhein-Westfalen“ und der Landtagswahlkampf 1985, in: *Geschichte im Westen* 20 (2005), S. 103–105; Dieter Düding, Volkspartei im Landtag: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966–1990, Bonn 1998, S. 168; Cornelißen (wie Anm. 11), S. 437–439.

¹⁶ Es handelte sich dabei um Bodo Hombach, der etwas später noch eine weitere, sehr ähnliche Publikation mitverantwortete: Peter Grafe/Bodo Hombach/Reinhard Graetz (Hg.), *Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln: Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen*, Berlin 1987.

¹⁷ „Die Menschen“ (wie Anm. 15), S. 8 f.

¹⁸ Vgl. Cornelißen (wie Anm. 11), S. 438.

strukturpolitischen Maßnahmen abzufedern, deren Finanzierung auf Kosten anderer Gebiete des Landes gehen musste.¹⁹ Es ist offensichtlich, dass hier eine „invention of tradition“ instrumentalisiert wurde – für regionale Interessen und für Parteipolitik.

Landeshistoriker an nordrhein-westfälischen Universitäten beteiligten sich an dieser Fabrikation einer neuen Leitvorstellung nicht. Die hauptsächlichen Gründe dafür waren und sind Skrupel, dass auf diese Weise der Komplexität historischer Erfahrungen Gewalt angetan wird. In diesem Sinn schrieb der Düsseldorfer Landeshistoriker Peter Hüttenberger einem prominenten Mitglied der im Land regierenden Sozialdemokraten 1987: „In Nordrhein-Westfalen leben unterschiedliche Traditionen weiter, die jedoch kaum etwas mit dem Land zu tun haben, ja sogar der Bildung von Landesbewusstsein entgegen wirken. Man kann sie wohl auch nicht gewaltsam im Interesse des Landes umbiegen, ohne Geschichte zu klittern und sich dadurch schwere Kritik einzuhandeln.“²⁰

Solche wissenschaftsethischen Motive sind nur allzu berechtigt. Aus ihnen speist sich auch der Widerwille, Geschichtsschreibung an den Interessen derjenigen Gruppen auszurichten, die über die größere „Marktmacht“ verfügen. Ein Beispiel aus meiner eigenen Forschungspraxis mag das illustrieren. Ich habe mich selbst mit einer Arbeit über die politischen und gesellschaftlichen Begleiterscheinungen der Bergbaukrise im Ruhrgebiet während der 1960er Jahre habilitiert. Die Mentalitätsgeschichte dieser Krise wäre ebenfalls ein lohnendes Forschungsthema. Ein solches Projekt könnte nur mit einem größeren Team durchgeführt werden. Denn die arbeitsaufwendige Befragung von Zeitzeugen wäre dafür unverzichtbar. „Oral-history“-Projekte tendieren aber in der Regel zu einer Form von „solidarischer Geschichtsschreibung“, die weitgehend die Sicht der befragten Zeitzeugen reproduziert. Unter ehemaligen Bergleuten herrscht nun die Ansicht vor, sie seien die Hauptopfer des wirtschaftlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Tatsächlich ist es der Bergbaubranche aber seit den 1960er Jahren gelungen, durch die gute Organisation der Bergarbeiter immer wieder öffentliche Subventionen auf dem politischen Massenmarkt zu erkämpfen.²¹

Der Strukturwandel ist für die Bergleute daher sogar relativ glimpflich abgelaufen. Für die Arbeitskräfte der Textilindustrie, die etwa gleichzeitig ebenfalls in eine Strukturkrise geriet, lässt sich das dagegen nicht sagen. Überwiegend weiblich und kaum organisiert, mussten Textilarbeiterinnen die Folgen der Krise weitgehend ohne öffentliche Unterstützung bewältigen. In der „Meistererzählung“ nordrhein-westfälischer Zeitgeschichte, wie sie von der Regierung Rau propagiert wurde, kamen sie im Unterschied zu den männlichen Bergleuten nicht vor. Das Beispiel

¹⁹ Vgl. Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise*, Göttingen 2001.

²⁰ Hüttenberger an Dieter Deneke 16. 11. 1987, zitiert nach Cornelißen (wie Anm. 11), S. 462.

²¹ Vgl. Nonn (wie Anm. 19), *Ruhrbergbaukrise*.

legt die Schlussfolgerung nahe, dass eine sinnstiftende „Leitvorstellung“, die allen Interessen gleichermaßen gerecht wird, auch in einer Demokratie nicht zustande kommen kann. Denn eine zentrale Spielregel der Demokratie ist gerade das Aushandeln von Interessen am politischen Massenmarkt. Dass dabei diejenigen Gruppen zu kurz kommen, die aus welchen Gründen auch immer sich nicht hinreichend organisieren, liegt zwar in der Natur der Sache. Eine historische Darstellung, die sich an den Gesetzen des politischen Massenmarkts orientierte, würde der Komplexität von Geschichte aber offensichtlich nicht gerecht. Für das konkrete Beispiel heißt das: Eine Mentalitätsgeschichte des wirtschaftlichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen kann nicht nur den politisch privilegierten Bergbau und das Ruhrgebiet behandeln. Und ganz allgemein bedeutet es meiner Ansicht nach, dass sich ein Mitfabrizieren an „Meistererzählungen“ für den Landeshistoriker eigentlich schon aus Gründen der Wissenschaftsethik verbietet.

Außerdem gibt es auch noch ganz pragmatische Gründe, sich an solchen Versuchen der Sinnstiftung nicht zu beteiligen. Auf den ersten Blick mag es zwar durchaus verlockend und sogar einträglich erscheinen, das Fähnlein nach dem Wind zu hängen. Gerade Landeszeithistoriker geraten durch die zeitliche Nähe ihres Gegenstands zur aktuellen Politik hier leicht in Versuchung. Schließlich locken gute Beziehungen, die den Zugriff auf die Fleischtöpfe der herrschenden Partei in Aussicht stellen. Sich bei deren Politikern anzubiedern, könnte als Ausweg aus der aktuellen finanziellen Misere landeshistorischer Forschung gesehen werden. Schließlich geht es ja um einen guten Zweck, die Wissenschaft nämlich – und ist Paris nicht eine Messe wert?

Der Versuch einer Instrumentalisierung der Politik für die Wissenschaft ist freilich ein sehr riskantes Geschäft. Nicht nur ist bald kaum noch zu erkennen, wer Ross und wer Reiter ist. Der Historiker übernimmt in diesem Spiel nur allzu leicht die Rolle des Zauberlehrlings. Die Geschichte der Landeshistoriker während des Nationalsozialismus bietet dafür reiches Anschauungsmaterial. Auch unabhängig davon, und gerade in einer Demokratie, kann ein Anbieten an geschichtspolitische Vorstellungen regierender Parteien nichts weniger als geradezu fatale Konsequenzen haben – spätestens nach einem Regierungswechsel. Als Landeshistoriker ist man deshalb auch aus ganz pragmatischen Gründen gut beraten, Distanz zur aktuellen Politik zu halten. Für die Landeszeitgeschichte, von der Presse, Politik und sogar Kollegen nicht eben selten das genaue Gegenteil erwarten, gilt das in besonderem Maß. Gerade die große zeitliche Nähe zur Politik legt es nahe, hier Abstand zu halten.

Für die marxistische Philosophie war es das oberste Gebot, die Welt nicht zu erklären, sondern sie zu verändern. Für die Geschichtswissenschaft ist es umgekehrt. Historiker mögen durchaus Geschichte mitgestalten. Aber wenn sie es tun, dann sind sie in diesem Moment keine Historiker mehr. Das Mitstricken an „Leitvorstellungen“ verbietet sich für Historikerinnen und Historiker nicht nur in Diktaturen, sondern

gerade auch in Demokratien. Denn so legitim das demokratische Grundprinzip der Setzung von Werten durch Mehrheitsentscheidung am politischen Massenmarkt ist: Warum sollten Historiker diese Werte ex post durch ihre Verlängerung in die Vergangenheit legitimieren? Eine Geschichtsschreibung, die sich als Wissenschaft versteht, kann das nicht. Und sie braucht es auch nicht. Denn Landeshistoriker, die je nach Zusammensetzung der jeweiligen Regierungskoalition die Traditionen ihres Untersuchungsraumes gestern als sozial-liberal, heute als rot-grün und morgen als schwarz-gelb geprägt zeichnen, machen sich nicht nur lächerlich. Sie erweisen der Demokratie damit auch einen Bärendienst.

Denn solche sinnstiftenden Meistererzählungen in politischer Absicht nehmen nicht nur einen Teil für das Ganze. In ihnen verschwindet im doppelten Sinn die Vielfalt hinter der Einfalt. Landeshistorische Leitvorstellungen leisten einer affirmativen Geschichtsbetrachtung Vorschub. Von ihnen inspirierte Darstellungen gleichen den Heimatfilmen der fünfziger Jahre, die mit einem Happyend ausgehen, das von Anfang an abzusehen ist. Ihr analytischer Anspruch bewegt sich auf dem gleichen Niveau. Zwar ist er durchaus vorhanden. Doch analysiert wird im Wesentlichen nur, warum es am Rhein so schön ist. Solche Fragestellung durchzog allen Ernstes während der 1920er Jahre keineswegs nur populäre Geschichtsdarstellungen – bezeichnenderweise in einer Zeit, die durch vielfältige politische und wirtschaftliche Krisen gekennzeichnet war. In den 1980er Jahren wurde die Fragestellung in Nordrhein-Westfalen dahingehend abgewandelt, warum es am Rhein und besonders auch an der Ruhr so schön geworden sei. Auch das geschah vor einem Hintergrund ökonomischer Unsicherheit. Und es geschah durchaus auf wissenschaftlichem Niveau – zumindest in formaler Hinsicht, in der sich Wissenschaftlichkeit freilich nicht erschöpft.²²

Was nicht in diese harmonisierenden landeshistorischen Leitvorstellungen hineinpasst, wird entweder ganz ausgeblendet oder externalisiert. Ein offensichtliches Beispiel dafür ist der Antisemitismus. Seine Geschichte ist in Deutschland lange Zeit nur auf der nationalen Ebene geschrieben worden. Während lokale Forschungen das Thema seit den 1980er Jahren in Verbindung mit Studien zur jüdischen Bevölkerung verstärkt aufgenommen haben, taten Landeshistoriker sich damit noch länger schwer. Das Rheinland, wo es immer noch keine größere Darstellung dazu gibt, ist ein besonders eklatanter Fall. Bis heute hält sich hartnäckig die Vorstellung, dass die Rheinländer gegen Antisemitismus weithin immun waren und dieser erst 1933 mühsam in die Region importiert werden musste. Dabei hat die kürzlich erschienene Studie von Nicola Wenge zum Verhältnis von Juden und Nichtjuden in Köln herausgearbeitet, dass nationalsozialistische Diskriminierungspolitik in dieser rheinischen Metropole von lokalen Kräften geradezu in vorausseilendem Gehorsam antizipiert

²² Ersteres gestanden selbst die Kritiker der geschichtspolitischen Offensive unter Johannes Rau unumwunden ein. Vgl. Hitze (wie Anm. 15), S. 104.

wurde.²³ Zudem war das katholische Rheinland während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine Hochburg von Elementen religiös motivierter Judenfeindschaft wie dem Ritualmordvorwurf.²⁴ Die Aufarbeitung dieser regionalen Traditionen und die komplexen Verbindungslinien zur Verfolgung jüdischer Mitbürger zwischen 1933 und 1945 sind ein dringendes Desiderat der Landeszeitgeschichte.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich betone die Relevanz solcher Stolpersteine auf dem Weg zu einer affirmativen landeshistorischen Leitvorstellung nicht, um diese in ihr Gegenteil zu verkehren. Mit der Konstruktion einer „kritischen“ Meistererzählung als Grundlage für Landesbewusstsein wäre meines Erachtens nach nichts gewonnen. Kollektive Identität würde auf diese Weise nicht mehr über positiv bewertete Bezugsgrößen, sondern im Gegenteil über die Mahnung an „Schandflecke“ der gemeinsamen Geschichte geschaffen. Das geschieht auf nationaler Ebene in Deutschland seit einiger Zeit. Die bisherige Entwicklung, wie sie an dem Holocaust-Mahnmal in Berlin²⁵ oder auch sozialpsychologischen Untersuchungen zum Familiengedächtnis²⁶ ablesbar ist, läuft allerdings eher auf eine sterile Ritualisierung der historischen Erinnerung heraus. Letzten Endes steht dabei eine Identifikation mit den Opfern des Nationalsozialismus im Vordergrund, während aus den Tätern Mitläufer und aus Mitläufern Helden des Widerstands werden. Die „kritische“ Meistererzählung mutiert so offenbar auf sehr subtile Art und Weise zu einer neuen Affirmation.

Aber selbst wenn die Konstruktion einer „kritischen“ Meistererzählung in der Landesgeschichte möglich wäre: Sinnvoll erschiene sie mir auch dann nicht. Denn wie ihre affirmative, sich an positiv gewerteten Bezugsgrößen orientierende Variante bliebe auch sie selektiv. Auch sie nähme nur einen Teil für das Ganze. Geschichtspolitik mag mit solchen Konstruktionen treiben wer will – Landeshistoriker sollten es jedenfalls nicht tun. Durch Engagement bei der Konstruktion von Leitvorstellungen könnten sie zwar oberflächlich gesehen vielleicht ihre Marktgängigkeit verbessern. Einzelne Lehrstühle und Institute, die von der Schließung bedroht werden, könnten dadurch eventuell vorübergehend die Drohung abwenden. Nach dem nächsten Regierungswechsel stünde diese dann aber mit umso größerer

²³ Nicola Wenge, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft: Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918–1933*, Mainz 2005.

²⁴ Christoph Nonn, *Ritualmordgerüchte als Form von populärem Antisemitismus – eine katholische Spezialität?*, in: Olaf Blaschke/Aram Mattioli (Hg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert*, Zürich 2000, S. 145–162; Stefan Rohrbacher/Michael Schmidt, *Judenbilder*, Frankfurt 1991, S. 304–366.

²⁵ Vgl. besonders Jan-Holger Kirsch, *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik*, Köln 2003.

²⁶ Vgl. Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschugnall, *Opa war kein Nazi: Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt 2002.

Sicherheit auf der Tagesordnung. Ob landeshistorische Institute und Lehrstühle so auf Dauer „überlebensfähig“ werden, erscheint mir deshalb schon sehr zweifelhaft. Die Landesgeschichte würde es sicherlich nicht – sie würde nur einmal mehr ihre wissenschaftliche Seele aushauchen.

Nicht in der Sinnstiftung, sondern in der Servicefunktion für die Bürger liegen die eigentlichen Möglichkeiten der Landesgeschichte. Worin aber besteht diese Servicefunktion, wenn nicht in der Konstruktion von Leitvorstellungen? Zunächst ganz prosaisch in der des Antiquars. Der Landeshistoriker muss die Überlieferung präservieren und präsentieren. War dies lange die Hauptaufgabe des Mediävisten, so ist es mittlerweile zu einem zentralen Tätigkeitsbereich der Landeszeitgeschichte geworden. Nicht nur Kabinettsprotokolle von Landesregierungen müssen wissenschaftlich betreut und ediert werden. Die Masse an staatlichem Schriftgut, das Landes- und kommunalen Archiven übergeben wird, ist enorm und wird immer umfangreicher. Bei der Auswahl des zu Konservierenden benötigen die Archivare Unterstützung von der Fachwissenschaft. Das gleiche gilt für die Akquise von Quellenmaterial aus anderer als staatlicher Provenienz, das mit der Pluralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.

Die antiquarische Sicherung und Bereitstellung von Quellenmaterial ist die Grundlage, aber freilich nur ein Aspekt der Servicefunktion, die Landeszeitgeschichte für die Bürger hat. Was gehört noch dazu? Welche Dienstleistungen kann der Landeszeithistoriker für die Gesellschaft erbringen? Im Grunde vor allem das, was Geschichtswissenschaft immer schon getan hat: durch die Analyse von Kausalitäten Verständnis zu schaffen. Die große Stärke der Geschichtswissenschaft ist es, dass sie helfen kann, vermeintlich Fremdes zu verstehen.

Das kann etwa gelten für die noch gar nicht so lang vergangene Planungseuphorie der 1960er und 1970er Jahre, die in der Politik und Gesellschaft der Länder tiefe Spuren hinterlassen hat.²⁷ Heute erscheint sie als eine fast schon aberwitzige Episode technokratischer Verirrung. Doch bei näherer Betrachtung entpuppt sie sich als Variante moderner Bürokratisierung, mit deutlichen Parallelen sowohl zum real existierenden Sozialismus wie auch zum aktuellen liberalen Zeitgeist, der nach dem Parkinsonschen Gesetz Regulierungswut bekämpft durch die Schaffung von neuen Gremien und Agenturen etwa zur Akkreditierung und Evaluation. Die Planungseuphorie der 1960er und 1970er, die dem Historiker auf den ersten Blick geradezu ethnologische Methoden abzufordern scheint, lässt sich so durchaus mit einfühlen-

²⁷ Vgl. Christoph Nonn, Politische Planung während der 1960er Jahre und ihre Vorgeschichte: Kurzer Sommer der Utopie und langer Schatten, in: Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen (Schriften des Landtags NRW 16), Düsseldorf 2005, S. 55–76; Gabriele Metzler, Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik Deutschland der 60er Jahre, in: HZ 275 (2002), S. 57–103.

der Hermeneutik aufschlüsseln. Statt den undurchdringlichen Planungsdschungel aus Distanz zu beobachten wie ein Missionar im Ruderboot, kann man sich ihm durchaus mit Empathie nähern.

Das Verstehen des vermeintlich Fremden kann ebenso gelten für die Beschäftigung der Landesgeschichte mit ihrer eigenen Vergangenheit. Der erste Blick in diese Vergangenheit schien eine düstere Welt von völkischem Rassismus und ideologischer Verbrüderung mit Hitlers Regime zu enthüllen, vor der heutige Landeshistoriker zurückschauderten. Doch mittlerweile, nach intensiverer Detailforschung, tauchen auch allzu vertraute Elemente auf: Opportunismus, Karrieredenken, das Nebeneinander von öffentlicher Schaumschlägerei einerseits, produktiver Kleinarbeit im Verborgenen andererseits, die Befangenheit in Denkstilen, und immer wieder die Verlockungen politischer und gesellschaftlicher Sinnstiftung. Infolgedessen macht zunehmend Verurteilung dem Verstehen, wenn auch nicht Verständnis Platz.²⁸

Die Anregung zum Verstehen des vermeintlich Fremden ist wohl der wichtigste Service, den Historiker dem Einzelnen und der Gesellschaft leisten können. Verstehen ist freilich keine Sache großer Worte. Toleranz lässt sich nicht marktschreierisch predigen. Sie lässt sich nur praktizieren. Die Bereitschaft zum Verstehen, zur Toleranz lassen sich nicht verordnen, ebenso wenig wie Demokratie.

Diesen Versuch dennoch zu unternehmen, war in den 1970er Jahren der Kardinalfehler der Reform des Geschichtsunterrichts. Empirische Erhebungen zeigen, dass Schüler und Studierende heute zwar den Wert der Toleranz hoch einschätzen. Sie haben damit durchaus das übernommen, was ihnen seit mehr als dreißig Jahren von engagierten Lehrkräften an Schule und Universität gepredigt worden ist. Den theoretischen Lippenbekenntnissen entspricht aber keine bewusste Praktizierung von Toleranz, was sich gerade in Untersuchungen zum Geschichtsbild von Jugendlichen zeigt. Das Mittelalter gilt unter ihnen als ebenso rückständig wie die islamische Welt. Europa sehen sie als Hort des Fortschritts und der Zivilisation, die erst von den Europäern in den Rest der Welt gebracht worden sei. Die Akzeptanz anderer Zeitepochen, anderer Kulturen als verschieden statt minderwertig ist nur sehr gering ausgeprägt. Geschichtsdidaktiker machen dafür mit guten Argumenten die Werteerziehung durch Frontalunterricht verantwortlich. Der Wert des Verstehens ist dadurch zwar äußerlich angenommen, aber nicht verinnerlicht worden. Insgesamt

²⁸ Vgl. als ein Beispiel unter vielen die verschiedene Akzentuierung der Urteile über die NS-Vergangenheit deutscher Historiker bei der frühen Arbeit von Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung*, Hamburg 1991, und bei Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte*, München 2001; für die Landesgeschichte Dietz/Arndt (wie Anm. 6), *Griff nach dem Westen*.

ist es wenig erstaunlich, dass die verordnete Toleranz zwar theoretisch hochgehalten, aber kaum praktisch umgesetzt wird.²⁹

Verstehen lässt sich nicht verordnen. Die Geschichtswissenschaft, und damit auch die Landesgeschichte, kann mit ihren Erkenntnissen nicht hausieren gehen. Der Landeshistoriker ist kein aggressiver Versicherungsvertreter, der seine Ware dem Konsumenten an der Haustür aufzudrängen versuchen sollte. Er kann „nur“ ein zurückhaltender Dienstleister sein, der seinen Service gerne denjenigen zur Verfügung stellt, die ihn suchen – und die bereit sind, wissenschaftliche Antworten zu akzeptieren. Das gilt für Impulsreferate in Staatskanzleien ebenso wie für Diskussionen in Schulklassen. In einer pluralistischen Demokratie trägt beides gleichermaßen zur „Marktgängigkeit“ der Landesgeschichte bei. In einem solchen System hat die Landesgeschichte erst dann ihre Existenzberechtigung verloren, wenn sie sich zur Erreichung kurzfristiger Ziele als Sinnstiftungsagentur vor den Karren von Partikularinteressen spannen lässt.

²⁹ Vgl. Bodo von Borries, Inhalte oder Kategorien?, in: Michael Sauer (Red.), Geschichtsunterricht heute, Seelze 1999, S. 22–36.

